

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 096/2015
Kiel, Donnerstag, 12. März 2015

Verkehr/A20

Christopher Vogt: Die Landesregierung darf sich nicht in die Schmollecke zurückziehen

Zur angekündigten Klage des Kreises Steinburg gegen die A20 erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Klage des Kreises Steinburg ist eine ganz schlechte Nachricht für alle Befürworter der A20. Das wäre nun wirklich zu vermeiden gewesen. Es ist nicht zu fassen, dass sich die Landesregierung nicht im Vorwege mit dem Kreis Steinburg und der Gemeinde Kollmar über eine sinnvolle Lösung bei der Gefahrenabwehr verständigen konnte. Verkehrsminister Meyer hat dem Projekt und sich selbst keinen Gefallen damit getan, den Planfeststellungsbeschluss noch kurz vor Silvester durchzudrücken. Wir hatten damals darauf hingewiesen, dass dies ein riskanter Weg ist. Mit Klagen der Naturschutzverbände muss bei jedem Bauabschnitt gerechnet werden. Klagen von Kommunen, die von einer schnellen Realisierung massiv profitieren würden, können aber ohne großen Aufwand vermieden werden. Selbst dazu ist die Landesregierung hier nicht in der Lage gewesen.“

Ich kann die Sorgen der Gemeinde Kollmar und der dortigen Feuerwehrkameraden gut nachvollziehen, denn sie wären mit der Gefahrenabwehr bei diesem Bauwerk in der Tat überfordert. Ich glaube aber nicht, dass der Kreis die richtige Institution ist, um aus diesem Grund gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen und ich halte die Forderung nach einer Werkfeuerwehr auch für übertrieben. Ich bin mir sicher, dass das Land gemeinsam mit dem Kreis und den umliegenden Gemeinden sehr zügig sinnvolle Konzepte zur Gefahrenabwehr abstimmen könnte. Verkehrsminister Meyer ist jetzt aufgefordert, mit dem Kreis und der betroffenen Gemeinde an einer sinnvollen Lösung zu arbeiten, damit die Klage schnellstmöglich zurückgezogen wird. Die Landesregierung muss jetzt auf die Region zugehen und darf sich nicht in die Schmollecke zurückziehen. Sie muss einsehen, dass sie sich selbst in diese missliche Lage manövriert hat.“